



DRITTES JAHR DER PANDEMIE UNSICHERHEIT BLEIBT BESTEHEN

Der Jahresanfang ist prädestiniert für optimistische Botschaften, für Zuversicht und einen frischen Start. Für weite Teile der Welt ist der Jahresanfang 2022 anders: Zu Beginn des dritten Jahres der Corona-Pandemie dominiert erneut große Unsicherheit. Welchen Einfluss hat die Omikron-Variante auf den Verlauf der Pandemie? Werden sich endlich ausreichend Menschen impfen lassen (können), um einen wirksamen persönlichen und allgemeinen Schutz gegen das Virus aufzubauen? Und wie geht die Wirtschaft mit der Volatilität um, die durch den Strukturwandel gerade in der Industrie auch ohne Corona so hoch ist wie selten zuvor?

Die nächste Welle verhindern

Um das klar zu sagen: Unsicherheit ist von Panik weit entfernt. Wir haben Mittel gegen die Pandemie und wir lernen immer mehr, mit dem Virus umzugehen. Vielleicht haben wir in Deutschland nun zugleich eine Regierung, die vorausschauender plant, Impf-Kapazitäten zum richtigen Zeitpunkt vorhält und für nachvollziehbare Regeln sorgt. Auch die Diskussion um die allgemeine Impfpflicht zeigt, dass die Politik pragmatischer wird und keine Instrumente ausschließt, die am Ende notwendig sein können, um die nächste Welle zu verhindern. Das Ende der Pandemie scheint dennoch weiter entfernt als vor einem Jahr.

Situation bleibt unübersichtlich und fragil

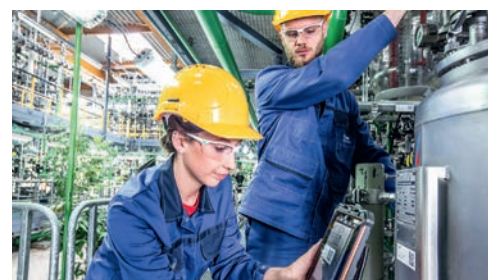
Für die Wirtschaft kommt es in dieser unsicheren Lage darauf an, sich bestmöglich auf alle Szenarien vorzubereiten. Die Situation bleibt unübersichtlich und fragil, auch wenn die IGBCE umso mehr Signale für eine boomende Konjunktur erkennt, je näher die Verhandlungen für die Tarifrunde #Chemie22 rücken. In der Tarifpolitik ist jetzt Pragmatismus gefragt: Mitten in der Pandemie, mitten im Strukturwandel durch die Umstellung auf klimaneutrale Produktion, durch Digitalisierung, demografischen Wandel, Kreislaufwirtschaft und EU-Chemikalienpolitik profitieren die Beschäftigten von nichts mehr als von Standortbedingungen, die wettbewerbsfähig und zukunftsorientiert sind. Und genau darum muss es jetzt gehen: Investieren statt verteilen, um den Standort fit für die Zukunft zu machen.

**"IN DIESER FRAGILEN LAGE
IST PRAGMATISMUS
GEFRAGT – AUCH IN DER
TARIFPOLITIK."**

BAVC-Hauptgeschäftsführer
Klaus-Peter Stiller

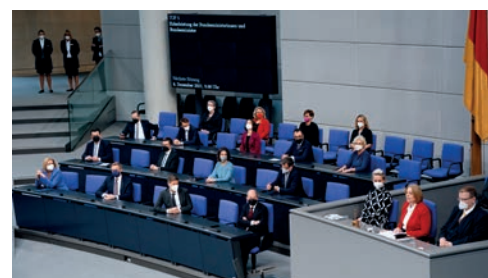
**AUSBILDUNGSBILANZ
CHEMIE 2021**

Seite 4



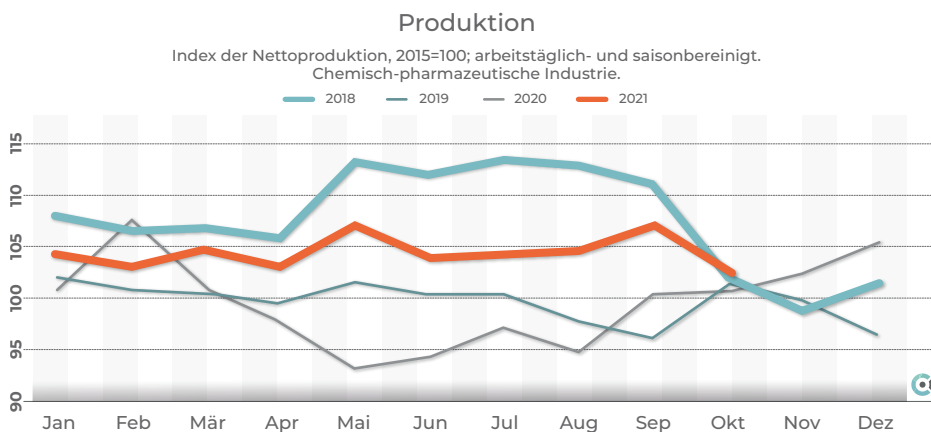
**DAS STECKT IM
KOALITIONSVERTRAG**

Seite 6



KONJUNKTUR TRITT AUF DER STELLE

Ab Oktober 2018 setzte nach dem Höhepunkt der Industriekonjunktur in den Jahren zuvor für weite Teile des Verarbeitenden Gewerbes eine Rezession in Deutschland ein. In der Chemie- und Pharmaindustrie fiel die Produktion damals in Monatsfrist um rund 8 Prozent. Heute, gut drei Jahre und eine lang andauernde Phase der Corona-Pandemie später, steht die Branche ziemlich genau wieder dort, wo sie sich zu Beginn der Industrierezession befand. Das Produktionsvolumen im Herbst 2021 lag nicht über dem von vor drei Jahren.



Quelle: Chemdata, Statistisches Bundesamt.

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2021 lag die Summe der hergestellten Güter dabei immerhin über den Werten der Krisenjahre 2019 (Industrierezession) und 2020 (erstes Corona-Jahr). Die Werte aus dem Vorkrisen-Jahr 2018 wurden in 2021 aber bisher durchgehend verfehlt. Im Oktober 2021, der letzte aktuell verfügbare Wert der amtlichen Statistik, fiel die Produktion wieder auf das Niveau zum Beginn der Industrierezession im Oktober 2018 und der Krisenjahre zurück. Selbst eine Steigerung im Jahr 2022 um 2 Prozent, wie vom Verband der Chemischen Industrie zuletzt prognostiziert, ließe die Produktion der Branche nicht wieder über das Niveau von 2018 steigen.

2021 – das Jahr der Sondereffekte

Das Jahr 2021 wurde dabei in Teilen der chemisch-pharmazeutischen Industrie noch von einer Reihe von positiven Sondereffekten geprägt, die sowohl die in Deutschland hergestellten Mengen wie auch die hierfür erzielten Preise und somit die Umsätze beeinflusst haben: Wetterkapriolen führten zum Ausfall von Anlagen in verschiedenen Teilen der Welt, wodurch Nachfrage und Produktion zeitweise nach Westeuropa umgeleitet wurden. Die Entwicklung, Herstellung und Abfüllung von Corona-Impfstoffen und deren Bestandteilen erhöhte die Produktion in Teilen der pharmazeutischen Industrie und bei ihren Zulieferern. Ebenso profitierten Unternehmen, die Vorprodukte für die Herstellung von Halbleitern anbieten, von der pandemiebedingten Sondernachfrage in diesem Bereich. Unter anderem aus diesen Sondereffekten speisen sich zu einem nennenswerten Teil auch die überzeugenden Ergebnisse einiger, vor allem größerer Unternehmen im Bereich Petrochemie oder Pharma. Diese Effekte werden sich so in 2022 aber nicht unbegrenzt fortsetzen. Sie werden die negativen Effekte durch Produktionsrückgänge in wichtigen Kundenbranchen und die Störungen der Lieferketten auf Branchenebene nicht ausgleichen können.

Große Unterschiede in der Branche

Ein genauerer Blick in die Entwicklung innerhalb der Branche zeigt schon heute, dass weite Teile auch der chemisch-pharmazeutischen Industrie in einer

KONTAKT



LUTZ MÜHL

Geschäftsführer
Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

tiefen Krise stecken. Verglichen mit dem ersten Quartal 2018 produzierten, arbeitstäglich- und saisonbereinigt, nur die Unternehmen der Grundstoffindustrie im dritten Quartal 2021 höhere Mengen. Alle anderen Bereiche, die von den Tarifverträgen der chemischen Industrie umfasst sind, verzeichneten Rückgänge bei den hergestellten Mengen. Die Bandbreite reichte dabei von etwa 5 Prozent für Seifen- und Reinigungsmittel, die pharmazeutische Industrie, Mineralölverarbeitung und Produzenten von Kunststoffwaren bis zu einem Minus von sogar rund 20 Prozent für die Hersteller von Chemiefasern oder Gummiwaren. Aktuell nach wie vor besonders negativ betroffen sind dabei alle Unternehmen, die Vor- und Zwischenprodukte oder ganze Komponenten für die Automobilproduktion herstellen. Während in Deutschland zwischen Januar und September 2021 nur 2,3 Millionen PKW produziert wurden, waren es im selben Zeitraum 2018 über 3,9 Millionen. Dieser Rückgang bei den Stückzahlen um über 40 Prozent in der wichtigsten industriellen Kundenbranche der chemischen Industrie macht sich neben der parallel erfolgenden Umstellung auf Elektromobilität auch in den Zulieferbetrieben unserer Branche massiv bemerkbar.

Unsicherer Ausblick

Der Ausblick auf das Jahr 2022 ist zuletzt immer unsicherer geworden. Die im Herbst veröffentlichten Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung gingen immer davon aus, dass die Corona-Pandemie in Europa weitestgehend überwunden und keine neuerlichen Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität zu erwarten seien. Ebenso wurde vorausgesetzt, dass sich die zum Teil massiven Störungen in den globalen Logistik- und Lieferketten bis zum Sommer 2022 auflösen und die Industrieproduktion dann weltweit an Dynamik gewinnt. Dass es ein Irrglaube war, die Pandemie sei bereits weitgehend überwunden und werde das Wirtschaftsleben nicht weiter negativ beeinflussen, ist inzwischen deutlich geworden. Ob die Hoffnung auf ein Ende der Lieferprobleme trägt, wird sich erst noch zeigen müssen. Die ersten Prognosen für 2022 wurden jedenfalls bereits zurückgefahren und der ursprünglich von den Experten von 2021 auf 2022 verschobene breite Konjunktur-Aufschwung für Westeuropa nun in weiten Teilen erst für 2023 prognostiziert. Die aktuelle Lage droht zu einem ökonomischen Long-Covid zu werden. Entsprechend haben sich die Erwartungen für die zukünftige Geschäftsentwicklung in den Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie entwickelt.

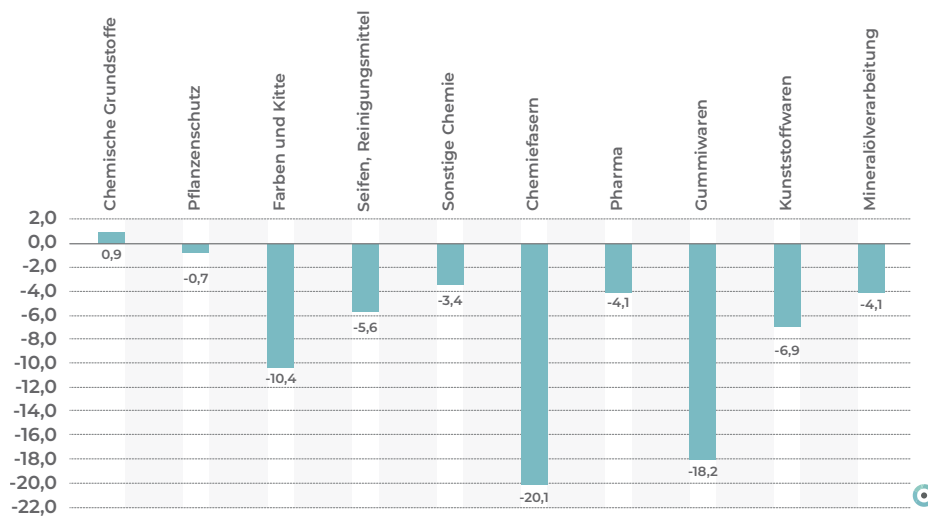
Die wichtigsten Infos zur Chemie-Tarifrunde 2022 finden Sie auf der BAVC-Website sowie in unseren Social-Media-Kanälen:

→ bavc.de/tarifrunde



Entwicklung der Produktion nach Sparten seit 2018

Index der Nettoproduktion, Quartal III/2021 zu I/2018; arbeitstäglich- und saisonbereinigt



Quelle: Chemdata, Statistisches Bundesamt.

Trotz eines schwierigeren Ausbildungsmarktes und wirtschaftlicher Unsicherheiten aufgrund der Corona-Pandemie konnten die Unternehmen der Chemie- und Pharmaindustrie den Rückgang des Ausbildungsplatzangebotes 2021 auf 8.575 neue Plätze begrenzen. 7,5 Prozent der angebotenen Stellen blieben unbesetzt (2020: 8,3 Prozent). Die Übernahmequote liegt mit rund 93 Prozent auf Spitzenniveau. Es ist der zweite Rückgang angebotener Plätze im Verlauf der Pandemie, die allerdings nur einer von mehreren Gründen für diese Entwicklung ist (2020: 9.070 neue Ausbildungsstellen).

Stellenangebot übersteigt die Nachfrage

Dämpfend wirkt zudem der tiefgreifende Strukturwandel der Branche durch die Umstellung auf klimaneutrale Produktion und Digitalisierung, aber auch der verschärfte internationale Wettbewerb. Gleichzeitig hat sich der Ausbildungsmarkt gedreht: Deutschlandweit übersteigt das Stellenangebot mittlerweile die Nachfrage.

Dies führt in der Chemie zu einem Rückgang der Ausbildung über Bedarf, häufig verbunden mit einer besonders guten Übernahmesituation für die Auszubildenden. Hinzu kommt: Pandemiebedingt stehen den Chemie-Unternehmen weiterhin weniger Kapazitäten für die Ausbildung in Technika, Laboren und Werkstätten zur Verfügung. Der Aufwand für Recruiting, Betreuung und Schutzmaßnahmen steigt, während bewährte Kontaktmöglichkeiten zwischen Betrieben sowie Bewerberinnen und Bewerbern ausfallen und durch digitale Angebote nicht vollständig kompensiert werden können.

Stiller: „Hervorragende Perspektiven in der Chemie“

BAVC-Hauptgeschäftsführer Klaus-Peter Stiller: „Die Zukunftsperspektiven für junge Menschen in unserer Branche sind klasse, die Übernahmezahlen mit über 90 Prozent ausgesprochen hoch. Das eigentliche Problem liegt zunehmend darin, alle angebotenen Ausbildungsplätze auch zu besetzen. 2021 liegt die Quote der nicht besetzten Plätze bei 7,5 Prozent. Das ist spürbar mehr als vor der Corona-Pandemie. Viele Betriebe bekommen die Nachwirkungen von Lockdown und Schulschließungen besonders zu spüren. Die Bewerberlage ist vielerorts noch schwieriger geworden.“

Daten der Bundesagentur für Arbeit

Der Ausbildungsmarkt 2021 verzeichnet nach der vorläufigen Bilanz der Bundesagentur für Arbeit (BA) nochmals einen Rückgang der gemeldeten Bewerberzahlen um gut 8 Prozent, nach ähnlich hohen Einbußen im Jahr 2020. So kamen auf 100 betriebliche Ausbildungsstellen rechnerisch 87 Bewerberinnen und Bewerber. Damit ist die Lage für junge Menschen am Ausbildungsmarkt weiterhin sehr gut.

Trotzdem scheinen laut BA viele Jugendliche durch die Corona-Pandemie verunsichert zu sein und verbleiben im Schulsystem oder weichen auf Alternativen (z.B. Studium) aus. Deshalb investieren die Chemie-Arbeitgeber massiv in digitales Azubi-Marketing, um junge Menschen trotz eingeschränkter Kontaktmöglichkeiten von einer Ausbildung in Chemie und Pharma zu überzeugen. In der Folge ist auch die Quote nicht besetzter Plätze von 2020 auf 2021 leicht gesunken. Sie liegt aber pandemiebedingt weiter über dem Durchschnitt der letzten Jahre von ca. 5 Prozent.

Autor: Christopher Knieling

STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



„Ausbildung unter Pandemie-Bedingungen ist deutlich aufwändiger, die Berufsorientierung und die Ansprache von Jugendlichen erheblich erschwert. Hinzu kommen wirtschaftliche Unsicherheit, Strukturwandel sowie ein Ausbildungsmarkt, bei dem das Stellenangebot die Nachfrage übersteigt. Daher überrascht es nicht, dass Unternehmen die Ausbildung über Bedarf zurückfahren. Als Sozialpartner sollten wir uns gemeinsam auf die eigentliche Herausforderung konzentrieren: die angebotenen Plätze adäquat zu besetzen.“



NACHWUCHSGEWINNUNG

STÄRKEN SIE IHR AZUBI-MARKETING

In Pandemie-Zeiten ist es besonders herausfordernd, Ausbildungsplätze mit passenden Kandidaten zu besetzen. Nutzen Sie als Mitgliedsunternehmen die kostenfreien Instrumente der Ausbildungskampagne „Elementare Vielfalt (EIVi)“, um ihr Azubi-Marketing zu stärken. Die Aktivitäten der Kampagne wurden 2021 mit dem Deutschen Preis für Online-Kommunikation ausgezeichnet.

Instrumente der EIVi-Kampagne

- 🕒 **Azubi-Talk mit Insta-Live:** Über unseren Kanal @ausbildungsquiz starten wir einen Livestream bei Instagram und führen mit Ihren Azubis ein lockeres Gespräch über ihre Ausbildung. Junge Menschen, die bei Instagram aktiv sind, können sich den Live-Talk ansehen und sich mit eigenen Fragen einbringen. Das Interview wird im Vorfeld bei Social Media beworben und zwar gezielt bei Jugendlichen im Umkreis Ihres Unternehmens.
- 🕒 **Ausbildungsbörse:** Mit nur wenigen Klicks präsentieren Sie Ihre Stellenausschreibungen nicht nur in der EIVi-Ausbildungsbörse, sondern auch auf ausgewählten Schulwebseiten, in regionalen Jobbörsen unseres Kooperationspartners „jobcluster“, auf Verbandswebseiten sowie in der Jobbörse der Arbeitsagentur.
- 🕒 **Ausbildungsfinder:** Mit unserem prämierten Matching-Tool zur Berufsorientierung erhalten Jugendliche in nur drei Minuten eine Idee, welcher Ausbildungsberuf der Branche zu den eigenen Interessen und Talenten passen könnte. Über eine Peer-Rating-Funktion via WhatsApp kann die Einschätzung von Freunden und Familie bei der Berufswahl berücksichtigt werden.
- 🕒 **360°-Ausbildungsquiz:** Junge Menschen tauchen spielerisch in die Welt der MINT-Berufe ein. Sie bewegen sich 360° im Raum und erkunden mit ihrem Smartphone das reale Arbeitsumfeld der Berufe. In allen Räumen sind thematisch passende Quizfragen versteckt, die sie finden und richtig beantworten müssen. Das Quiz lässt sich mit einem Firmenlogo individualisieren.
- 🕒 **Virtual Reality:** Wie faszinieren Sie Jugendliche für ein Technikum oder Hochregallager, ohne dass sie in den Betrieb kommen müssen? Indem Sie moderne VR-Technik nutzen. Wir stellen Ihnen das Equipment bereit.
- 🕒 **Social Media-Marketing:** Vorgängergenerationen gehen ins Internet, die junge Generation lebt darin. Deshalb platzieren wir gezielt Anzeigen in Social Media und gestalten zusammen mit Influencern spezielle Videoformate auf Instagram, Snapchat und TikTok, um Ihre Berufe und Ausbildungsangebote zu bewerben.

Autor: Christopher Knieling

🕒 KONTAKT



CHRISTOPHER KNIELING

Programmleiter Nachwuchsmarketing
Bildung und Innovation

christopher.knieling@bavc.de

🔗 LINKTIPP

Neben den dargestellten Instrumenten bietet die EIVi-Kampagne auch:

- 🕒 Berufsinformationen
- 🕒 Bilder, Videos, 360°-Ansichten
- 🕒 Firmenportraits
- 🕒 Bewerbungstipps
- 🕒 Digitales PSE für mobiles Lernen
- 🕒 Werbemittel
- 🕒 Portal für Lehrkräfte
- 🕒 Portal zu digitalen Kompetenzen in der Ausbildung

Alle Infos für Unternehmen unter:

elementare-vielfalt.de/unternehmen



Quelle: Deutscher Bundestag / Henning Schacht

KOALITIONSVERTRAG

DAS AMPEL-PROGRAMM 2021-2025

Die neue Bundesregierung möchte mehr Fortschritt und den Start in ein Jahrzehnt der Zukunftsinvestitionen wagen. Ob sie diesem Anspruch gerecht werden kann, wird sich zeigen. Das selbstbewusste Auftreten der Ampel-Koalition kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionären weiterhin groß sind.

Der Wunsch, die Pandemie nun endlich in den Griff zu bekommen, eint zwar alle Kräfte. Der Streit am Kabinetttisch ist aber vorprogrammiert: Nicht nur könnten die Positionen von Gesundheitsminister und Justizminister zum Infektionsschutz kaum gegensätzlicher sein. Viele der widersprüchlichen Ideen und ungeklärten Fragen wurden außerdem während der Verhandlungen einfach unter den Teppich gekehrt. Dauerhaft vom Tisch sind sie damit aber noch nicht.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität

Deutschland steht vor enormen Herausforderungen, die wir als Gesellschaft in dieser Dimension schon lange nicht mehr zu bewältigen hatten. Ein besonderer Handlungsdruck besteht neben der Pandemie darin, das Land zügig auf den Pfad zur Klimaneutralität zu bringen – auf der Basis einer wettbewerbsfähigen Industrie. Dazu braucht es einen verlässlichen regulatorischen Rahmen, der allen Beteiligten Planungssicherheit in Bezug auf die erforderlichen Investitionen gibt.

Der Koalitionsvertrag enthält wichtige Grundsatzentscheidungen für ein klimaneutrales Industrieland; ausschlaggebend ist jedoch die tatsächliche Umsetzung im Detail. Auf konkrete Maßnahmen für einen schnellen Aufbau der erforderlichen Infrastruktur für erneuerbare Energien und einen wettbewerbsfähigen Strompreis konnten sich die Koalitionäre jedoch nicht einigen. Umso wichtiger ist das gemeinsame Engagement von BAVC und IGBCE in der geplanten „Allianz für Transformation“, die die Bundesregierung gemeinsam mit den großen Industrieverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden aufbauen möchte.

Die finanzpolitische Black Box

Dekarbonisierung, Digitalisierung und der demografische Wandel setzen auch die Staatsfinanzen unter Druck. Das weiß die neue Bundesregierung und bekennt sich zur Schuldenbremse. Doch es drängt sich der Verdacht auf, dass es zu anderen Formen der Schuldenaufnahme und zugleich steigenden Sozialabgaben kommen wird. Die fehlenden Strukturreformen in den sozialen Sicherungssystemen, insbesondere der gesetzlichen Rentenversicherung, sind ein Beispiel dafür, wie wenig vorausschauend auch die neue Bundesregierung agiert.

KONTAKT



SILKE STELTMANN

Leiterin Hauptstadtbüro Berlin

silke.steltmann@bavc.de

Entgegen früherer Bekenntnisse von Liberalen und Sozialdemokraten konnten sie sich im Koalitionsvertrag mit den Grünen nicht auf die Begrenzung der Sozialabgaben auf unter 40 Prozent verständigen. Aus Sicht der Beitragszahler wäre dies aber absolut notwendig gewesen.

Die wünschenswerte Wiedereinführung des Nachholfaktors und eine Aktienrente werden den Druck auf die gesetzliche Rentenversicherung nicht nennenswert senken. Mit Blick auf die betriebliche Altersversorgung konnte zumindest erreicht werden, dass die Anlagevorschriften verbessert werden sollen. Und auch die von der Bundesregierung eingeforderte Umsetzung des Sozialpartner-Modells ist aus Sicht der Chemie-Arbeitgeber zu begrüßen.

Licht und Schatten im Arbeitsrecht

Wir brauchen möglichst rasch einen Aufbruch in Deutschland, der ökonomische, ökologische und soziale Interessen verbindet und einen dringend benötigten Modernisierungsschub auslöst. Aus Sicht der Chemie-Arbeitgeber heißt dies vor allem mehr Geschwindigkeit und Spielraum für erfolgreiches Handeln in den Unternehmen.

Es ist daher richtig, dass die Ampel-Koalition einige der von Sozialdemokraten und Grünen geplanten Bremsklötze, wie etwa die Einschränkung der sachgrundlosen Befristung sowie von Zeitarbeit und Werkverträgen, in den Verhandlungen mit den Liberalen verworfen hat. Die Einschränkung der Befristung aus sachlichem Grund ist jedoch nicht zielführend. Positiv sind dagegen die geplanten Möglichkeiten zur Arbeitszeitflexibilisierung per Tarifvertrag sowie die von Arbeitgebern ebenfalls seit Langem geforderte erleichterte Fachkräftezuwanderung mittels Punktesystems.

Aus- und Weiterbildung

Moderne Ausbildungsberufe mit digitalen Wahl- und Zusatzqualifikationen wie Chemikanten, die Labor- oder die Metall- und Elektroberufe bereiten junge Menschen optimal auf die Arbeitswelt der Zukunft vor. Auch hier sollte die Politik den Unternehmen deshalb Freiräume lassen und sich auf die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur zum Beispiel in den Berufsschulen konzentrieren.

Die von der Bundesregierung geplante Ausbildungsgarantie und eine neue Bildungsteilzeit gehen am Markt vorbei und helfen weder Beschäftigten noch Unternehmen. Dagegen kann ein stärkerer Fokus der Bundesagentur für Arbeit auf Qualifizierungsmaßnahmen hilfreich sein. Hier wünschen sich die Chemie-Arbeitgeber weiter einen engen Austausch mit der Bundesagentur für Arbeit und begrüßen die mögliche Weiterentwicklung der bestehenden Instrumente.

Europapolitische Akzente

Die Ampel-Koalition bekennt sich in ihrem Koalitionsvertrag zu mehr europäischer Integration. Aus Sicht der Chemie-Arbeitgeber darf dabei das Prinzip der Subsidiarität nicht angetastet werden. Erfreulicherweise unterstützt die neue Bundesregierung die Einführung einer Europäischen Sozialversicherungsnummer und möchte die A1-Bescheinigung im Zusammenhang mit Dienstreisen praxistauglicher gestalten.

Und auch ihr Ziel einer bürokratiearmen Ausgestaltung der EU-Lohntransparenz-Richtlinie ohne Verbandsklagerecht ist aus Sicht der Chemie-Arbeitgeber zu begrüßen. Leider sieht die Regierungskoalition hier jedoch keine Privilegierung für tarifgebundene Unternehmen vor. Der BAVC wird sich deshalb in Brüssel und Berlin weiter mit Nachdruck dafür einsetzen.

Autorin: Silke Steltmann

Unsere Forderungen an die neue Bundesregierung finden Sie auf unserer Website

bavc.de



Quelle: Fotolia 53680702

EU-MINDESTLOHNRICHTLINIE AUF DER ZIELGERADEN

Die Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in der Europäischen Union nimmt Form an. EU-Parlament und Rat haben sich positioniert und werden ab Januar gemeinsam mit der EU-Kommission in Verhandlungen treten. Für Deutschland wird unabhängig vom national geplanten 12-Euro-Mindestlohn voraussichtlich weitgehender Umsetzungsbedarf bestehen.

Aktionsplan zur Förderung der Tarifbindung

Das EU-Parlament fordert, dass die Mitgliedstaaten bei einer landesweiten tarifvertraglichen Abdeckung von unter 80 Prozent der Beschäftigten Maßnahmen zur Erhöhung der Tarifbindung und Förderung von Tarifverhandlungen ergreifen und darüber berichten müssen. Der Rat setzt die Schwelle bei 70 Prozent und stellt klar, dass diese als Indikator und nicht als Zielwert zu verstehen ist. Je nach Umsetzung im finalen Richtlinienentwurf ist vorstellbar, dass in Deutschland mit einer Tarifbindung von etwa 43 Prozent künftig Allgemeinverbindlichkeits-erklärungen das Mittel der Politik werden, um die Tarifbindung zu erhöhen.

Was sind angemessene Mindestlöhne?

Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, dass Mitgliedstaaten mit gesetzlichem Mindestlohn bei dessen Festsetzung mindestens die Kriterien Kaufkraft, allgemeines Bruttolohnniveau und -verteilung, Lohnwachstumsrate und Arbeitsproduktivität anwenden sollen. Diese Kriterien weichen vom deutschen Mindestlohngesetz ab. Das EU-Parlament übernimmt die verbindlichen Kriterien, streicht aber das Kriterium der Arbeitsproduktivität. Der Rat unterstützt die von der Kommission aufgestellten Kriterien vollumfänglich. Er ergänzt jedoch, dass diese durch die Mitgliedstaaten individuell gewichtet werden können.

Die Frage, wann ein Mindestlohn angemessen ist, hatte die EU-Kommission nicht klar beantwortet, da die EU keine Kompetenz bei Fragen der Lohnfestsetzung innehat. Das EU-Parlament will hier Klarheit schaffen: Ein Mindestlohn soll über 60 Prozent des Bruttomedianlohns und 50 Prozent des Bruttodurchschnittslohns liegen. Auch hier dürfte es längere Debatten mit den Vertretern der Mitgliedstaaten geben, da der Rat verschiedenste mögliche Schwellenwerte beschreibt. Aus unserer Sicht ist essenziell, die Maßnahmen eng mit den Sozialpartnern abzustimmen, um zu gewährleisten, dass Tarifpartnern größtmöglicher Verhandlungsraum bleibt und Beschäftigte und Arbeitgeber den Anreiz erhalten, sich in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu organisieren. Der nationale Aktionsplan sollte sich auf Branchen mit einer geringen Tarifbindung konzentrieren und dort gezielt die Sozialpartnerschaft stärken.

Autorin: Elisa Hensel

KONTAKT



ELISA HENSEL

Leiterin Europabüro
elisa.hensel@bavc.de

LINKTIPP

Ausführliche Informationen zu den Positionen von EU-Parlament und Rat finden Sie hier

europarl.europa.eu

consilium.europa.eu